

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich also erfüllt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Postzeit ober deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklamezeit 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingte Gewährschreiber oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mkt. das Laufen, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 79

Donnerstag, den 10. Juli 1930

32. Jahrg.

Steuern.

Die für den Monat Juli fälligen Grundvermögens- (Grund- und Gebäudesteuer), Hauszins- und Stadtsteuer sowie der staatliche Zuschlag zur Grundvermögenssteuer sind bis Dienstag, den 16. Juli bei unserer Kasse einzusahlen.

Für alle nach dem 16. Juli eingehenden Beträge müssen 10 vom Hundert Verzugszinsen erhoben werden.

Kemberg, den 5. Juli 1930.

Der Magistrat.

Neues in Kürze.

Der Führer der aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei abgetrennten Gruppen, Otto Straßer, veröffentlicht „14 Thesen der Deutschen Revolution“, in denen er das Programm der neuen Splitterpartei zusammenfaßt.

Um dem kommunistischen Parteitag in Moskau wurde auch der Tätigkeit der Komintern großes Lob gesendet und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß in der Vorbereitung zur Weltrevolution mit allen Mitteln fortgeschritten werden müsse.

„Mandate.“

Genf, Juli 1930.

Einige Wochen lang beschäftigte sich das politische Genf, Völkerbund und Arbeitslosenfrage, gleichzeitig mit „kolonialen Themen“. Im Parlament Electoral debattierte man wochenlang über die Zwangsarbeit in den Kolonien und brachte schließlich ein Abkommen zustande, das zwar nicht ihre völlige Abschaffung bedeutet, auch nicht den ziemlich weitgehenden Forderungen der Arbeitnehmer entspricht, immerhin aber einen ersten Schritt zur Unterbindung dieser Kulturstände darstellt. In derselben Zeit tagte die Mandatskommission in doppelter Sitzung, in außerordentlicher, die sich mit der Palästinafrage beschäftigte, und in ordentlicher Sitzung, die, wie gewöhnlich, die Berichte mehrerer Mandatsmächte über die ihnen anvertrauten Gebiete zu prüfen hatte.

Die Informierung der Öffentlichkeit über die außerordentliche Tagung der Mandatskommission war mehr als mangelhaft. Man hat sich zwar inzwischen daran gewöhnt, daß alle Tagungen dieser Kommission geheim sind und hinter verschlossenen Türen stattfinden, wobei es merkwürdig beruhen muß, daß die Journalisten einige Monate nach jeder Tagung die wortgetreuen Verhandlungsprotokolle, die band gedruckt werden, ohne besondere Schwierigkeit auf Verlangen erhalten können. Immerhin erhält aber die Presse und damit die öffentliche Meinung im allgemeinen während der Tagungen der Mandatskommission regelmäßige Überichten, sogenannte Informationsnotizen, die wenigstens einen gewissen Einblick in das behandelte Material verschaffen. Während der außerordentlichen Tagung über das Palästina-mandat aber blieben diese Tagesberichte entweder überhaupt aus oder aber sie waren so farblos und allgemein, daß aus ihnen nichts zu entnehmen war. Mehr als einmal waren sie sogar direkte Fälschungen, weil sie jeweils nur den Standpunkt des englischen Regierungsoberleiters wiedergaben, ohne auch nur mit einem Wort die Stellungnahme der Mitglieder der Kommission selbst zu erwähnen.

Übrigens hat die Informationsabteilung nicht nur im Fall Palästina falsche oder ungenügende Notizen herausgegeben, sondern auch während der ordentlichen Tagung. Als nämlich die Verwaltung der ehemals deutschen Kolonie Neu-Guinea, die der Dominionsregierung Australiens untersteht, behandelt wurde, brachte das deutsche Mitglied der Kommission, Geheimrat Kappel, die Sprache darauf, daß in der letzten Zeit deutschen Staatsangehörigen in Neu-Guinea von der Mandatsverwaltung erhebliche Schwierigkeiten gemacht wurden. Der Vertreter der australischen Regierung sagte daraufhin zu den australischen Bestimmungen der Mandatsverträge, welche allen Angehörigen des Völkerbundsmitgliedern wirtschaftliche Gleichberechtigung zu sichern, stehen; die amtliche Mitteilung des Völkerbundssekretariats berichtet über diesen Vorfall dagegen, daß der australische Regierungsoberleiter erklärt habe, derartige Mißstände gäbe es in Neu-Guinea nicht, und die Deutschen genössen dort die gleichen Rechte wie die Angehörigen anderer Nationen.

Interessant war auch die Debatte über Tanganja, das ehemalige Deutschostafrika. Während nämlich der Mandatsvertrag vorliegt, daß in den Mandatsgebieten keinerlei Zwangsarbeit bestehen dürfe, mußte der eng-

lische Regierungsbeamte zugeben, daß in den beiden letzten Jahren in Ostafrika noch Fälle von Zwangsarbeit und zwangsweiser Verfrachtung vorgekommen seien, „wenn sie auch immer weniger zahlreich würden“. Dabei ist es bemerkenswert, daß die deutsche Verwaltung schon vor 25 Jahren in Ostafrika begonnen hat, die Zwangsarbeit abzuschaffen, und daß man 1919 dafür in Versailles den Deutschen beigestimmt, sie seien nicht würdig, Kolonien zu verwalten.

Während der Mandatsstagung kamen aus London die Meldungen über die Veröffentlichung der Regierungsrichtlinien zum geplanten Zusammenschluß der Gebiete Tanganja und Kenya-Uganda. Daß sie so spät veröffentlicht wurden, dürfte seine Gründe haben — man will in London einer Entscheidung der Mandatskommission ausweichen, weil man genau weiß, daß die Vereinigung eines Mandatsgebietes mit anderen Kolonialgebieten den klaren Vorschriften der Mandatsverträge widerspricht. Vielleicht hat Herr Henderson auch vergessen, daß er seinerzeit im September am Ratstisch in Genf erklärte, er werde die Angelegenheit, bevor die englische Regierung über den Hilton-Young-Bericht entscheide (was sie jetzt getan hat), noch selbst dem Mandatsauschuß in Genf vorlegen. (Was nicht geschehen ist, wie man gesehen hat...)

Bei der Togo-Debatte — Togo steht unter französischem Mandat — ergab sich, daß im Norden des Gebietes ein tiefer Schlaftrunkenheitsbezirk besteht, dessen man bisher noch nicht Herr werden konnte. (I) während in Südwestafrika unter dem Mandat der südafrikanischen Union infolge einer gewaltigen Dürre ziemlich trübsame Verhältnisse bestehen. Das Verwaltungsbudget hat ein beträchtliches Defizit zu verzeichnen, dem nicht einmal neuerlassene Steuererhöhungen völlig werden abhelfen können.

Wenn man auch über die Zustände in den früheren deutschen Kolonien nur Spärliches aus den Mandatsdebatten erfahren kann — von jeder Tagung der Mandatskommission zur nächsten verlagert sich doch immer mehr die Gewissheit, daß man Deutschland vor elf Jahren unter falschen Vorwänden seine Kolonien genommen hat, und daß die Mandatsmächte sich die vielerlei deutsche Kolonialpolitik doch zum Nutzen nehmen könnten.

Kritische 14 Tage.

Der Kampf um die Deckungsvorlagen.

Berlin, 8. Juli.

Der Kampf um die Deckungsvorlagen der Regierung tritt in dieser Woche in ein entscheidendes Stadium ein. Wie lange der Kampf im Reichstage dauern wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Die Reichsregierung hofft, bis zum 19. Juli sämtliche Deckungsvorlagen unter Dach und Fach zu haben und den Reichstag dann in die Sommerferien schicken zu können.

Ob dies der Fall sein wird, dürfte aber davon abhängen, ob es der Regierung gelingt, in den Verhandlungen, die sich in der Hauptsache hinter den Kulissen abspielen dürften, die Parteien zu einer anderen Stellungnahme gegenüber dem Reichsprogramm als bisher zu bewegen. Die Parteien scheinen nämlich, nachdem sie ihre ursprünglichen grundsätzlichen Bedenken zum Teil zurückgestellt haben, neuerdings den Verlust machen zu wollen, zahlreiche Einzeländerungen an den Steuererlassen durchzuführen. Dies würde bedeuten, daß für die Regierung 14 Tage schwerer parlamentarischer Verhandlungen bevorstehen; jedoch wird die Regierung wohl nicht umhin können, sich auf derartige Verhandlungen einzulassen, da es zweifelhaft erscheint, ob die Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien ausreichen, um ihr eine Mehrzahl im Reichstage zu sichern.

Befanlich lehnen die Deutschnationalen das Deckungsprogramm der Regierung voll und ganz ab, während die Sozialdemokraten bisher noch nicht haben erkennen lassen, welche endgültige Stellung sie gegenüber den Deckungsvorlagen einnehmen werden.

Die wesentlichen Punkte der Deckungsvorlagen werden auch von den Sozialdemokraten bekämpft. Wenn die Regierung sozialdemokratische Stimmen gewinnen will, wird sie somit ihr Programm in einigen Punkten ändern müssen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß die politischen Verhandlungen im Reichstage zu einer Einschnürung des Kabinetts Brünning führen werden. Dies würde, wie wir in unterrichteten politischen Kreisen verlässlich, aber zweifellos auch bei einer Annahme des Deckungsprogrammes das Ende des Reichstages bedeuten, so daß dann wohl mit Neuwahlen für den Herbst (frühestens für den September) gerechnet werden müßte. Das Schicksal der Regierung Brüning steht also wieder einmal auf dem Spiel.

DiETRICH'S STAT.

Der Reichsfinanzminister über die Deckungsvorlage. — Berlin, 8. Juli.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des deutsch-rundnordischen vorläufigen Handelsabkommens, das in zweiter und dritter Beratung angenommen wurde.

Es folgt dann die Beratung des

Haushalts des Reichsfinanzministeriums

und in Verbindung damit die erste Beratung der Deckungsvorlagen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

beginnt seine Ausführungen mit einem Dank an seinen Vorgänger Dr. Wolffenbauer, der sich durch sein mannhaftes Eintreten für einen unabdingbar gebotenen Haushalt verheimlicht erworben habe, die eine spätere Zeit ruhiger Rückschau besser zu würdigen müssen werde. Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der letzten Zeit weist er auf den ungedeckten Selbstbeitrag des Haushalts hin, der, wie der Minister bereits im Reichsrat im einzelnen dargelegt hat, 485 Millionen Mkt. beträgt.

Die Ursachen dieses Selbstbeitrages seien ausschließlich in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate zu suchen. Auf diese seien die Arbeitslosigkeit und die enormen Kosten, die dem Reich daraus entfielen, zuzuführen, und aus beiden, wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitslosigkeit, ergebe sich der Steueranstieg.

Wenn die Arbeitslosenversicherung wirklich ihre Aufgabe erfüllen und demgemäß den Arbeitslosen die ihm zufließenden Ansprüche befriedigen würde, dann wäre das größte Unlinderheitsmoment auf der Ausgabe Seite des Reiches geschwunden. Der Minister geht dann des näheren auf die Deckungsvorlage ein.

Was die von der Regierung beabsichtigte Einsparung von 100 Millionen an den Haushaltsausgaben angehe, so werde es unter den Vorzeichen noch einen harten Kampf geben. Er habe aber die tatsächliche Einsparung dieser 100 Millionen zur Voraussetzung seines Verschleiens im Amt gemacht. Die vom Hansa-Bund geforderte Erhöhung des Reichsbeitrages an die Anwaltschaft und der Ueberweisungen aus der sogenannten 1. Brüning seien nicht zu verantworten. Alles in allem könne man sagen, daß von den Vorschlägen des Hansa-Bundes schließlich noch 100 Millionen wertvolle Ersparnisse übrig blieben, die ja auch die Reichsregierung zu machen entschlossen sei.

Die Hauptlast der finanziellen Notlage der Gemeinden, die Arbeitslosigkeit, läge auf eine feste Gefahr für die Finanzen des Reiches. Die Reichsregierung lege diese Gefahr in aller Schärfe.

Mit den vorgelegenen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung werde man nur auskommen, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt werde. Im Vordergrund zur Regelung der Gemeindefinanzen ständen der Verwaltungsbeiträge der Bürgersteuer, die Gemeinde-ertragssteuern und die Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Der Minister befaßt sich dann mit dem Umbau des Steuerwesens des Reiches und erklärt, daß hier die Senkung der Realsteuer und der Einkommensteuer das erste Ziel sein müsse, wobei er wiederum die Realsteuerfrage für die vorbringt halte. In dem Augenblick, in dem wir die Hauszinssteuer ganz oder teilweise nicht mehr für den Wohnungsbau brauchen, werde die Auseinanderlegung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ungeheuer erleichtert, weil in diesem Augenblick eine Entlastung der Realsteuern im ganzen oder eine Umgestaltung möglich sein werde. Der Minister wendet sich dann dem Haushalt für 1931 zu, dessen Vorarbeiten in wenigen Wochen begonnen würden. Zum Schluß weist der Minister auf die Bedeutung der Verabschiedung der vorliegenden Gelegenheitsurteile hin.

Mit diesen Vorlagen stehe und falle nicht nur die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern auch die Beitragserhöhung. Wenn diese beiden Dinge nicht erledigt würden, so lebe er keinen Weg, die hierdurch zu erwartenden Mittel in Höhe von rund 300 Millionen auszubringen, die die Arbeitslosenversicherung erforderlich.

Aber auch die ebenfalls bedeutsame Reform der Krankenversicherung und das Gesetz, welches die Vermittlung weiterer Kriegsinvalidenrenten im wesentlichen aufheben soll, käme dann schwerlich eine parlamentarische Erledigung finden.

Es würden nicht nur die sozialen Reformen, sondern auch die Grundlagen für das Öffnungsprogramm entfallen.

Mit steigenden Sorgen sei noch zu rechnen, der Reichstag werde aber, solange der Minister im Amt lie, jeweils rechtzeitig vor die Entscheidung gestellt werden, die die Voraussetzung einer geordneten Hauswirtschaft sind.

Abgeordneter Dr. Herz (Soz.) weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie für die Sanierung der Reichsfinanzen in der Arbeitslosenversicherung zur Uebernahme großer Opfer bereit gewesen sei. Durch die vorgelegenen Maßnahmen werde nach Auffassung der Sozialdemokratie das Ziel der Geländung der Finanzen nicht erreicht. Die Finanzen seien nur zu sanieren, wenn die Kosten über das hinausgeführt werden, was die Deckungsvorlage bringt. Gelpart werden kann vor allem beim Wehrpart. Gelpart wer-

gen könnte auch durch Aufhebung der Subventionen an die Länder. Wir verlangen die Berücksichtigung unseres Konsumtionsantrages noch vor der Sommerpause und machen von dem Scheitern dieses Antrages unsere Haltung zu den übrigen Deckungsanträgen abhängig. Abgeordneter Dr. D. H. F. (Dnl.) gibt eine Erklärung ab, in der die Katastrophe der Reichsfinanzien als der Beginn der Aufwindungsphase des Youngplans bezeichnet wird. Die Erhöhung der Einkommensteuer steht im Gegensatz zu der selbst von Herrn Hilferding anerkannten Notwendigkeit der Kapitalbildung. Es müßte unter allen Umständen erstrebt werden, das diesmalige Defizit durch Senkung der Ausgaben zu beseitigen. Darüber hinaus sei eine Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer möglich, wenn man die von den Deutschnationalen vorgezeichneten neuen Einnahmequellen schaffe. Hierzu gehöre der Ausbau eines Verwaltungslostenbeitrages und die Bekämpfung der öffentlichen Betriebe. Voraussetzung für die Sanierung sei überhaupt eine grundsätzliche Herabsetzung der Tributen, Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Abgeordneter Dr. K. u. v. (Komm.) wirft der Regierung vor, daß sie die Armen ausplündern wolle, um alles den Reichen zu geben.

Da weitere Vorberatungen nicht vorliegen, schließt Abgeordneter Hoyer die erste Beratung der Deckungsanträge. Die Vorlagen werden dem Steuerauschuß überwiesen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 3 Uhr: Hausbau des Reichstagsministeriums.

Zimmer noch Finanzdebatte.

Gerichtiges Interesse für die Deckungsanträge.

Berlin, 9. Juli.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt.

Abgeordneter von S. (Gr.-Nat. Bauernp.) erklärt, die Notlage des Volk und Gemeinwesens mache eine Kurswechsel nicht nur in der Handelsverkehrs, sondern auch in der Steuerpolitik erforderlich. Ein großer Teil der Erparnisvorschlüsse des Haushalts werden durch die guten Willen verwirklicht werden. Die im Zusammenhang mit der Preislenkung notwendige Senkung der Zölle und Gebühre wird direkt und einseitig erfolgen, nicht auf dem Wege einer Sonderbefreiung bestimmter Gruppen.

Abgeordneter Dr. C. (M. P.) tritt für eine Umgestaltung der Finanzverwaltung mit dem Ziele einer Überwindung der gegenwärtigen Verhältnisse des Reichsfinanzministeriums ein. Der Redner verlangt, daß die Bestimmung der Arbeitslosenversicherung mit dem Haushalt gelöst wird. Die Reichshilfe sei ein Unweg, der den Einbruch erzwinge, als wolle man die Steuern da holen, wo sich der schwächste Widerstand zeigt. Die starke Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei dem Deckungsprogramm gegenüber entspränge der besten Sorge um die deutsche Wirtschaft.

Abgeordneter Collofer (Wirtsh.) weist darauf hin, daß die Wirtschaftspartei vergebens jahrelang die Ausgabenpolitik bekämpft habe und wenig ausgerollt worden sei. Der katastrophale Konsumrückgang zeige, daß eine Bekämpfung der sogenannten Konsumisten nicht mehr möglich sei. Ein Konsumsenkungsgebot werde die Wirtschaftspolitik unter allen Umständen mitmachen. Darüber hinaus sei ein Abbau der Beamtengehälter, aber auch ein Abbau der Zölle und Preise der Wirtschaft sowie der angepaßten sozialen Gesetzgebung notwendig. Zur angeregten Einsetzung gehöre aber auch die Arbeitsbeschäftigung der Jugend, die Bekämpfung der öffentlichen Betriebe und der Umbau der Verwaltung und Befreiung in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung. Tatsächlich hätten wir drei Millionen Arbeitslose und eine durchaus ungerechte Steuerbelastung.

Abg. Dr. K. u. v. (D. M.) betont, daß der Reichsfinanzminister nur die Regierungsvorlage verteidigt und kein Sanierungsprogramm auf längere Sicht vorgezogen habe. Eine Bekämpfung der Finanznot des Reiches sei nicht möglich ohne eine gleichzeitige Wirtschafts- und Finanzreform. Vor allem sei eine Preislenkungsaktion notwendig. Die Kapitalflucht sollte zünftig in jeder Form als ein Verbrechen an deutschen Volke öffentlich gebrandmarkt werden. Der Redner beschuldigt sich dann mit der Kritik des Ministers an den Sparvorschlüssen des Haushalts und erklärt namens seiner Fraktion, daß sie in diesen Vorschlägen — abgesehen von der Verbiegung gewisser Bestimmungen — wertvolles Material sehe, das durchaus in die Richtung mit einbezogen werden müsse.

Abg. R. e. i. n. e. (Soz.) nennt den vom Abg. Collofer vertretenen Aufruf der Volksbeauftragten eine Fälschung.

Nach 6.30 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rostberg.

58. Fortsetzung

Rachdruck verboten

Worland stand mit offenem Munde. „Sie wollen auch nach Hause? Was in aller Welt ist denn in Sie gefahren? Von Freund Worland wundern mich gar nichts, dafür ist er ja bekannt genug. Aber Sie? Sie lulliges, unerwähltes Substanz wollen nach Hause? Das ist ja fieserlich! Was oder was hat Sie zu solchen Annahmen plötzlich begehrt? Er sah halb müde, halb lustig in Eichingens ernstes Gesicht. „Ja, dann wären wir eben. Aber es muß doch alles in der Welt einen Grund haben, zum Donnerwetter. Erzählen Sie mir's wenigstens?“

Eichingens schüttelte den Kopf. „Seien Sie nicht ungehalten, Mister Worland. Lassen Sie sich bitte, auch nicht stören, ich kann doch auch ohne Sie heimfahren.“

„Stein, ich fahre mit. Aber die gute Laune ist mir gründlich abhanden gekommen,“ meinte Worland.

„Ja, du wirst sie schon wiederfinden,“ dachte Eichingens. Und sie fuhren mit.

— Am nächsten Morgen pünktlich zur verabredeten Zeit, erwartete Wendig Jane Stern.

Und sie kam in Begleitung ihrer alten treuen Hamme Oldenberg.

Wendig beugte sich über ihre Hand. „Wie danke ich Ihnen, daß Sie gekommen sind,“ sagte er.

Sie nickte lächelnd.

Er führte sie durch sein prachtvolles Haus.

Jane Stern brach in Ausrufe des Entzückens aus über die vielen gemauerten Außenwände. Innerenfelder Reichthum sprach zu ihr.

Jane Oldenberg aber machte kaum zu ahnen.

Und dann saßen sie im Speisezimmer. Der Tisch war mit dem aussehendsten Decktisch gedeckt. Ein ganz leichter Wein wurde gereicht.

Strefemann-Denkmal in Mainz.

Die feierliche Grundsteinlegung.

8 Mainz, 8. Juli.

Unter harter Beteiligung der Bevölkerung fand am 7. Juli die feierliche Grundsteinlegung zum Strefemann-Denkmal statt.

Zahlreiche Vereine und studentische Korporationen umfluteten ihren Fährten den Weg, der mit den Flaggen des Reiches, Hessen und der Stadt Mainz geschmückt war. Der Tribüne gegenüber war ein mit Trauerflor umrahmtes Bild Strefemanns aufgestellt. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a. Reichsminister Freiherrn Langewiesch von Simmern, Landeskommissar Geheimrat Dr. Hinger, Provinzialdirektor Dr. Behner, Oberbürgermeister Dr. Kieß-Maing sowie den Reichsminister a. D. Dr. Scholz. Als Vertreter der Familie Strefemann war Wolfgang Strefemann zugegen. Pünktlich um 12 Uhr wurde die Feier mit dem Niederländischen Dankgebet eröffnet.

Sodann ergiff der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Reichsminister a. D. Dr. Scholz das Wort. Er feierte den verstorbenen Führer als den unerlässlichen Vorkämpfer für die Rheinlandbefreiung, als den Staatsmann größten Formats, der leider den Tag der Freiheit nicht mehr schauen durfte.

Während die Flaggen auf halbmast lanten und die Fahnen sich neigten, erklang das Lied „Am Brunnen vor dem Tore“. Dann wurde die Urkunde verlesen, die in den Grundstein eingemauert wird.

Oberbürgermeister Dr. Kieß betonte in seiner Ansprache, daß Mainz wohl am schwersten gelitten und daher einen Anspruch darauf habe, das erste Denkmal des Befreiers in seinen Mauern zu beregnen.

Die Befreiungsfeier in Rehl.

8 Rehl, 8. Juli.

Die Stadt Rehl und das Hanauer Land feierten den Tag ihrer Befreiung von französischer Besetzung. Am geschlossenen Zug marschierten die Schützenkompanie am Nachmittag zum ehemaligen Pfarrhof hinaus, wo angelehnt des Stadtrathes Münters die eindrucksvolle Feier stattfand. Die geliebte badische Staatsregierung war anwesend, ferner als Vertreter der Reichsregierung Reichsminister Dr. Witt, zahlreiche Vertreter der Reichsbehörden in Baden, die Oberbürgermeister der badischen Großstädte, sämtliche Bürgermeister des Hanauer Landes und die Vertreter der vier badischen Großstädte. Nach der Begrüßungsansprache Bürgermeisters Dr. Kuttmer ergiff für die badische Staatsregierung Staatspräsident Dr. Schmitt das Wort, worauf dann Reichsminister Dr. Witt die eigentliche Festrede hielt.

Saarfundegebung in Trier.

8 Trier, 8. Juli.

Im Rahmen der Trierer Befreiungsfeier veranstaltete der Bund der Saarvereine eine von Tausenden besuchte Saarfundegebung auf dem Gelände des Trierer Stadions. Oberpräsident Dr. Fuchs-Kobenz, der dem Bund der Saarvereine die Glückwünsche der Staatsregierung überbrachte, erinnerte an die Tausendjährigen Saarfunde, die das herrliche Gewässer ist, das je ein Volk an patriotischer Gemüthsart zum Ausdruck gebracht habe. Er werde nicht zögern, bis auch die Glöcker an der Saat die Freiheit hindern. Pfarrer Rolf führte in seiner Festrede aus, die Stunde lasse keine unermüdete Freude zu. Noch seien in Ost und West, in Nord und Süd deutsche Brüder und Schwestern von uns getrennt.

Die Bevölkerung an der Saar habe dem ganzen übrigen Deutschland ein herrliches Beispiel deutscher Geschlossenheit und Einigkeit gegeben. Wie am heiligen Tag sollten alle Deutschen sich untereinander die Hand reichen zur gemeinsamen Arbeit, um auf freiem Grund als freies Volk zu stehen. Sodann wurde eine Entschuldigungs- und Saarfunde angenommen. Das Deutschlandbild beschloß die Kundgebung.

Die Trierer Jubelfeier.

Trier stand im Zeichen der großen Befreiungsfeier. Zahlreiche Fremde hatten die alte Nörberstadt aufgesucht. Schon am Sonnabendmittag zog ein Vertehrungszug der Deutschen Euth-Hanne, seine Mitglieder über Trier, während gleichzeitig das Großflugzeug „G. 38“ Trier passierte und die Teilnehmer des Rheinland-Befreiungsfluges auf dem Flugplatz bei Euren zur Zwischenlandung eintrafen. Gleichzeitig erreichte die Fahre des Deutschen Touring-Klubs-München, 600 an der Zahl, Trier, wo sie bis zum Sonntag Rast machten.

Am Abend fand an der Hofel eine überaus prächtige Beleuchtung der Flußufer und der alten Rheinstraße statt. Nach Antraben des Oberbürgermeisters und des Vorsitzenden des Deutschen Ruderverbandes sang die viertausendköpfige Menge das Lied.

Die Feierlichkeiten des Sonntags wurden mit der Weisheit des Trierer Denkmals an der Hofel eingeleitet. Gleichzeitig wurden die vor dem Ehrenmale aufgestellten Gebühre für die einzelnen Trierer Regimenter mit Blumen geschmückt. Am Nachmittag fand die Einweihung der neuen großen Sportanlage im Norden der Stadt statt.

Die Separatistenverfolgungen

Frankreichs Einmischung abgelehnt.

Berlin, 9. Juli.

Die neuen Ausdehnungen im Rheinland haben auch im Reich die Wogen der Erregung hochgehen lassen. Hart strahlen die Meinungsgegenstände aufeinander. Die einen verurteilen diesen „Mißbrauch an Rhein“ und geben so weit, den Rechtsbehauptung gegen die Separatisten als vor rechtsstaatlichen Drohgeheimen veranlaßt hinzustellen. Sie leugnen also jene postulate Volksbewegung. Das geschieht bestimmt zu Unrecht.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat in seiner Antwort an den französischen Botschafter de Margerie die Auffassung der Reichsregierung dargelegt, die darin geht, daß die Vorgänge physikalisch aus dem zehn Jahre lang aufgeschickerten Grimm und der mahligen Erbitterung der durch die Separatistenhanden terrorisierten Bevölkerung zu erklären sind.

Nun ist es klar, daß aus dem Gesichtspunkt heraus, daß Alte von Selbstjustiz in einen Rechtsstaat zu unterstellen haben, da die Sühne für Verbrechen in die Hand des Staates gegeben ist, die Vorgänge im Rheinland zu verurteilen sein werden. Ebenso wie aber die Substanz eines Staates, die dem Empfinden des Volkes widerstreben, auf Widerstand stoßen bzw. die Rechtspflege eines Staates, wenn sie dem Rechtsempfinden des Volkes zuwiderläuft, abgelehnt wird, so kann auch der Fall eintreten, daß die Volksstimme Sühne für Verbrechen fordert, welche der Staat aus irgendwelchen Gründen nicht zu geben in der Lage ist. Nach dem Wortlaut der Ziffer 2 der Anlage 2 der Haager Vereinbarungen hat sich bekanntlich das Reich zu demselben, das heißt zum Bericht auf Repräsentanten gegenüber den „Freunden Frankreichs“ verpflichtet. Offenbar muß man selbst das Opfer jener Verbrechen geworden sein, um in der Angelegenheit überhaupt mitreden zu können.

Wenn es Tatsache ist, worüber kein Zweifel bestehen kann, daß rheinische Arbeiter die Zusammenarbeit mit ehemaligen Separatisten ablehnen, wenn das Publikum den Markttag eines ehemaligen Separatisten konfiszieren, dann scheinen uns diese Beweise irgendwelcher Verachtung so stark zu sein, daß ihnen irgendwelche Rechnung getragen werden muß.

Der französische Schritt in Berlin betraf eine rein innerdeutsche Angelegenheit. Ein Verstoß des Reiches gegen seine Haager Verpflichtungen lag nicht vor. Ganz abgesehen davon kann man von der deutschen Polizei, die auf Grund der Verfallenen Bestimmungen in unzulänglicher Stärke nach zwölf Jahren ins Rheinland zurückgeführt ist und völlig neuerdings Beschäftigten gegenüberstand, nicht verlangen, daß sie spontane Kundgebungen im Keime ersticke. Es gäbe in der ganzen Frage schon eine Lösung. Eine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten würden wir uns nämlich mit Freude gefallen lassen; das wäre die Erklärung Frankreichs, alle diejenigen, die es wegen ihrer Dienste für dessen Würdig hält, in seine Grenzen aufzunehmen und als französische Staatsbürger anzuerkennen.

Französische Forderungen.

Warum die Saarverhandlungen unterbrochen wurden.

Paris, 8. Juli.

Ueber die Ursachen, die zur Unterbrechung der Saarverhandlungen geführt haben, ist folgendes grundsätzlich zu bemerken:

Der Hauptgrund für die Unterbrechung ist darin zu erwidern, daß Frankreich an einer Beteiligung an den Saarverhandlungen, während diese Forderung auf deutscher Seite als wirtschaftlich ungenügend und national untragbar abgelehnt wurde.

Wie die „Agence Economique et Financiere“ schrieb

Ihren Mann hatte sie nur noch bei oberflächlichen Beziehungen wiederbegegnet. Obwohl ihr Herz in heißer Sehnsucht nach Karl Heinz tief, liegt es doch ihr Stoß und ihre treuen Frauenwürde nicht zu, dorthin zu gehen, wo sie den Gatten wagt.

In einem der folgenden Tage nach dem großen Fest hatte sie die anonyme Aufforderung erhalten, America so schnell wie möglich zu verlassen.

Wer konnte da wohl ein Interesse daran haben? Julia bedachte die Angelegenheit.

Pünktlich kam ihr die Kollegin in den Sinn, die ihre Entlassung bei der Preisverteilung gar so offensichtlich zur Schau getragen hatte. Aber dann vermaß sie diesen Gedanken. Sie wollte sich davon nicht beirren lassen.

Sie wurde nun befand sich Julia auf einem weiten Ausflug. Als sie durch die verschlungenen Wege um die kleinen Felsen herumstrich, war ihr eigen zumeist. Hamme war im Hotel des Ortes geblieben, weil sie müde war. Julia aber wollte sich die Gegend etwas näher betrachten.

Als sie stundenlang gelaufen war in der frischen Luft, die durch einen idyllischen Geogegener angenehm gewickelt war, fühlte sie sich auf einen der vorliegenden Felsen. Vereintete Spagelzungen gingen in einer Entfernung von ihr.

Julia sah amüsiert einem bunten Käfer zu, der zum sonderbaren Male verlor, auf einen der Steine zu flüchten, jedesmal aber nach vergeblichen Mühen wieder herumtrottelte. Sie nahm endlich das Tierchen auf und setzte es auf den Stein. Nun glotzte sie mit vorstehenden Augen umher.

Da fiel ein Schatten über den Berg.

Julia blickte auf.

Ein Frau stand vor ihr und maß sie häßlich.

Sie sprach Julia pünktlich auf. „Madame Sorta,“ sagte sie leise.

„Sa, liebreiche Kollegin, ich bin es in eigener Person,“ stieg das lebensfrohe Weib hervor. „Wir wollen uns Verbindung miteinander halten.“

(Fortsetzung folgt.)

wegen der französischen Wünsche nicht auf einen direkten Anteil an den Kohlengruben, sondern auf eine Beteiligung am französischen Kapital an einer Grubenausbeutungs-gesellschaft auf lange Sicht. Dieser Umweg wäre aber praktisch einem Besitzrecht gleichgekommen und konnte daher von Deutschland nicht angenommen werden, da die Franzosen in diesem Falle etwa ein Drittel der Saargruben in ihre Hände bekommen hätten.

Deutscherseits war man hingegen bereit, den Franzosen so viel Kohlen zu liefern, wie sie wollten und unter Umständen sogar bereit gewesen, französisches Kapital an deutschen Grubenunternehmungen außerhalb des Saargebietes zu beteiligen.

Der deutsche Standpunkt wurde dadurch unterstützt, daß die Saarbevölkerung jegliche Beteiligung französischen Kapitals an den Saargruben grundsätzlich ablehnt. Die deutschen Untertänigkeitsbesitzer fern der Saargruben von vornherein durchaus ungenügenden Preis für die Kohlengruben, der von den Franzosen annehmend als ernsthafte Verhandlungsgrundlage anerkannt wurde.

Es handelt sich also keineswegs darum, das deutsche Recht etwa zu wenig anerkennen zu wollen, sondern im Gegenteil Frankreich offenbar weiter entgegengekommen, als dieses selbstrechtlich zweckmäßig war.

Die Schuld an der „Unüberwindung“ der Verhandlungen liegt also jedenfalls nur auf französischer Seite. In politischen Kreisen hat man den Eindruck, daß es sich bei der französischen Stellungnahme nicht um wirtschaftliche Erwägungen, sondern um eine politische Prestigefrage handelt.
Rein französischer Schritt wegen Hindenburgs

Berlin, 8. Juli.

Zu der Behauptung Bertinars im „Echo de Paris“, daß der französische Vorkämpfer in Berlin im Auftrage Briand den der besichtigten Reise des Reichspräsidenten in das breite Gebiet vorstellig geworden sei, wird von Berliner zuständigen Stellen erklärt: Vor der Befreiung der Rheinlande habe der französische Vorkämpfer im Auswärtigen Amt eine Mission gehabt wegen der besichtigten Reisen im Rheinlande. Dabei sei auch von der Reise des Reichspräsidenten die Rede gewesen.

Der französische Vorkämpfer habe aber ausdrücklich erklärt, daß gegen die Reise des verehrungswürdigen Reichspräsidenten von Hindenburg von der französischen Regierung selbstverständlich kein Protest erhoben werde. Insofern sei die Behauptung des „Echo de Paris“ also unrichtig.

Sirenenklänge.

Sauerwein über eine deutsch-französische Verständigung.

Paris, 8. Juli.

Sauerwein, der außenpolitische Berichterstatter des „Matin“, dessen Ausführungen sehr oft vom Quai d'Orsay beeinflusst sind, veröffentlicht einen Artikel über die Verständigung des Briand'schen Planes zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa und wendet sich in diesem Zusammenhang besonders an Deutschland, dessen vorherige Verständigung mit Frankreich als die einzig mögliche und unbedingte notwendige Grundlage anzusehen sei, auf der sich das ganze Gebäude des zukünftigen Panuropa aufbauen müsse.

Für das Interesse, das Deutschland für eine Zusammenarbeit mit Frankreich haben müsse, führt Sauerwein Gründe an, die zu stark nach einem kaiserlichen, zumal sie erstmalig in einem nationalpolitischen Blatt auftauchen. Sauerwein behauptet, Frankreich sei im Augenblick erhaltens das einzige Land, das Deutschland finanziell unterstützen könne. Zweiens Deutscher sei es, einen besseren Modus für die Reparationszahlungen zu erreichen, indem es mit Amerika ein freundschaftliches Übereinkommen treffe. Drittens sei Frankreich das einzige Land, das in der Lage sei Deutschland die Rückkehr zu einem militärischen Status zu ermöglichen, der einer so großen Macht würdig sei, und endlich der einzige Staat, der Deutschland im Rahmen des Möglichen dazu verhelfen könne, die „Nahrungsmittelherstellung“ wiederherzustellen.

Was Otto Straffer will.

„14 Töpen der Deutschen Revolution.“

Berlin, 9. Juli.

„Der Nationale Sozialist“ veröffentlicht die von seinem Herausgeber Dr. Otto Straffer verfaßten „14 Töpen der Deutschen Revolution“, in denen es u. a. heißt:

Die Deutsche Revolution verneint vor Gott und der Welt die Verbindlichkeit der auf der Ebene von Deutschlands Schuld aufgebauten, durch brutale Gewalt erpreßten „Friedensverträge“ von Versailles und St. Germain und führt einen unermüdlichen Kampf bis zur völligen Vernichtung dieser Diktate. Die Deutsche Revolution verurteilt die Freiheit der deutschen Nation in einem fernen, alle deutschen Stämme des mitteleuropäischen Siedlungsraumes umfassen den deutschen Staat, sie lehnt es ab, über fremde Völker und Nationen zu herrschen und sie auszubuten. Sie will nur genügend Lebensraum für die Deutschen. Wenn dieses Recht mit dem gleichen Recht anderer Völker in Gegensatz gerät, erkennt sie die Entfesselung des Krieges als den Willen des Schicksals an.

Sie erklärt als den einzigen Zweck des Staates die Zusammenfassung aller Kräfte der Nation und fordert daher die schärfste Ausgestaltung einer starken Zentralgewalt. Den Kräften kaiserlicher Selbsterhaltung gibt sie freien Raum zur Entfaltung und legt an Stelle eines konstitutionären Parlamentarismus die lebendige Gliederung in Berufs- und Standestämme.

Die Deutsche Revolution verurteilt die Schicksalsgemeinschaft der deutschen Nation, sie verweist daher das individuelle Wirtschaftssystem des Kapitalismus und betont sich zum korporativen Wirtschaftssystem des Sozialismus.

Das Obereigentum an Grund und Boden und Bodenschätzen ist ihr, der freien Staat Rechenschaft und Leistung schuldig. Sie verurteilt den Anteil der Gesamtheit aller Schaffenden an Eigentum, Gewinn und Leistung der Wirtschaft. Das Wohl der Nation liegt ihr nicht in der Häufung materieller Werte, sondern in der Gesundung des göttgewollten Organismus der Nation.

Daher kämpft sie auch gegen die Herrschaft des jüdisch-römischen Rechtes für ein deutsches Recht, das als Staatsbürger nur den Volksgenossen kennt.

Die Deutsche Revolution formt das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Sie ist nationalpolitisch, sozialistisch und völkisch. Im ihrer Ziele will sie nicht vor keinem Kampf zurück, ist ihr kein Opfer zu groß, kein Krieg zu blutig, denn Deutschland muß leben.

Die englische Zolldebatte.

Ein bedeutendes Problem des Imperiums.

London, 9. Juli.

Das Eintreten einer Gruppe von namhaften englischen Bankleuten für Schutzpölle spielt in der Debatte über diese Frage, die seit einiger Zeit die englische Öffentlichkeit stark bewegt, eine wichtige Rolle. Die Tatsache, daß auch führende Finanzkreise für Schutzpölle eintreten, kommt den Befürwortern protektionistischer Ideen überaus willkommen und wird von ihnen propagandistisch stark ausgenutzt. Die Wirkung dieser Aktion im politischen Leben Englands ist sehr stark zu spüren, und sie kommt ganz besonders der konservativen Partei zugute, die nun offen den Kampf für den Schutzpölle und für Vereinbahrungen der zollpolitischen Verhältnisse des britischen Weltreichs führen kann und mit dieser großen Parole interne Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken vermag.

Die geschlossene Front der Verächter des Schutzpöls richtet sich drohend gegenüber den freihändlerischen Idealen der Liberalen und der Arbeiterpartei auf, und es ist unverkennbar, daß das Werben für den Gedanken eines Reichszollvereins auch im Lager der freihändlerischen Eindruck macht und daß sowohl bei den Liberalen wie auch bei der Arbeiterpartei die Meinung zu prägen beginnt, diesen Gedanken zum mindesten ernsthaft zu prüfen.

Am Roushington der Stärke ihrer Position wollen die Konservativen einen neuen Vorstoß gegen das Kabinett MacDonald unternehmen und in der Folgezeit ein Misstrauensvotum zur Abstimmung bringen lassen. Sie werden damit zwar parlamentarisch nur einen taktischen Erfolg erzielen können, der ohne praktische Auswirkung bleiben wird, aber auch eine solche parlamentarische Aktion wird nur dazu beitragen, die Stellung der Schutzpöler weiterhin zu verfestigen.

Man wird allerdings in ihren Kreisen nicht überleben dürfen, daß bei einer englischen Auseinandersetzung über das Zollproblem nicht allein die Frage der Beziehungen zwischen dem Mutterlande und den Dominions ausschlaggebend ist, sondern daß es letzten Endes darauf ankommen wird, wie sich die Dominions zu einem solchen Eingriff in ihre Handelsbeziehungen mit dem nördlichen Ausland stellen werden.

Diese Frage ist wesentlich wichtiger als die der zollpolitischen Beziehungen zwischen Mutterland und Dominions, und deshalb muß man den Beurteilern recht geben, die darauf hinweisen, daß die letzte Entscheidung über die Reorganisation der englischen Zollpolitik nicht in London, sondern in den Hauptstädten der Dominions gefällt werden wird, die vor die Frage gestellt sind, ob ihnen die britische Reichspolitik oder ihre jeweilige Rolle in der Weltwirtschaft bedeutender erscheint.

Die Tätigkeit der Komintern.

Revolutionierung der Welt.

Moskau, 9. Juli.

Auf dem kommunistischen Parteitag wurde der Komintern für ihre Tätigkeit einstimmig das Vertrauen und der Dank der Partei ausgesprochen. Nach einer eingehenden Aussprache wurde eine umfangreiche Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt, daß die politische Linie der Komintern voll und ganz von dem Parteitag gebilligt wurde.

Die Tätigkeit der russischen Sektion der Komintern habe wesentlich dazu beigetragen, daß es der Komintern gelungen sei, die Arbeitermassen in der ganzen Welt zunehmend zu revolutionieren.

Die Entschließung lehnt sich im wesentlichen zunächst an den umfangreichen Bericht Stalins an, indem sie auf die wachsende Krise der Weltwirtschaft hinweist, die „den Anfang von Ende einer verhängnisvollen Stabilisierung des Kapitalismus“ bedeute. Es handle sich diesmal um die tiefste und schärfste Krise, die die Weltwirtschaft je gesehen habe und die notwendigerweise zu neuen Kriegen führen müsse. Dieses sei die Krise des Systems. Die Entschließung weist auf den Kampf um die Absatzmärkte, auf die steigenden Zollerhöhungen und auf die im Zusammenhang damit stehenden zunehmenden Klassenkämpfe hin und sagt, das Proletariat beantworte die Offensive der Kapitalisten mit einer zunehmenden Steigerung der Streikbewegung.

Der Parteitag stellt sodann die Richtigkeit der vom vorgehenden Parteitag ausgehenden Richtlinien über die Entschließung und Vertiefung der Revolutionsbewegung in China und Indien fest und hebt hervor, daß diese Bewegung nunmehr auch auf Indochina, Kongo, Haiti, Palästina und andere Kolonien übergegangen sei.

Überall habe sich der Einfluß bei diesen Reuegründungen, bei der Befestigung der revolutionären Bewegung, bei der Organisation von Streiks usw. gezeigt. Ein großer Erfolg sei darin zu erblicken, daß es den Sektionen der Komintern in den verhängnisvollen Ländern gelungen sei, die Arbeitersolidarität zu aktivieren. Auf diese Weise werde ein weiterer Schritt auf dem Wege der Bolschewisierung gemacht.

Das neue Handelsklassengesetz.

Erleichterung der Kreditbeschaffung.

Berlin, 9. Juli.

Das Reichskabinett hat das vom Reichsernährungsminister vorgelegte Handelsklassengesetz endgültig verabschiedet und dem Reichstag zugeleitet. In dem Gesetz ist für die Regierung die Ermächtigung vorgelesen, mit Zustimmung des Reichsrats Bestimmungen über Handelsklassen für landwirtschaftliche Erzeugnisse einschließlich der Erzeugnisse des Garten- und des Weinbaues, der Tierzucht und der Fischerei zu erlassen, wodurch bestimmte Mindestanforderungen an die Erzeugnisse der einzelnen Handelsklassen festgelegt werden sollen. Unter diese Bestimmungen fallen auch die durch Be- und Verarbeitung gewonnenen Lebensmittel.

In einem besonderen Abschnitt wird der Regierung die Ermächtigung erteilt, mit Zustimmung des Reichsrats zur Erleichterung des Kreditverkehrs die Befugnisse der Sparkassen zu erweitern, hierdurch soll eine bessere Finanzierung des Ablasses der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ermöglicht werden.

Alle Berufs-, Unterhaltungs- und Modezeitschriften

liefert Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigstr.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 9. Juli 1930.

* Die Sommer-Operette Wittenberg bringt am Sonntag, den 13. Juli, abends 8.30 Uhr im Saale des Hotels „Blauer Adler“ hier selbst die reizende Operette „Bachstelchen“ von Max Vertutz zur Aufführung. Das Bachstelchen ist die hübsche Schwester eines Berliner Fischermeisters, welche nach Bachstelchen das Leben durchdünzelt und schließlich mit ihrem Erzallerliebten das Eheband knüpft. Die Operette verläuft über einen sehr flüssigen Dialog und die Musik verleiht über einen sehr sünderen Durchschlagkraft. Die Titelpartie singt Edith Veitstätt. In weiteren Hauptpartien sind die Damen Durf, Sid, Kraus, Knappe, sowie die Herren Kreis, Knappe, Pfeifer und Fischer beschäftigt. Die Kapellmeister Friedrich Es wird ausdrücklich gebeten, den Vorverkauf (Bücherei Remberg) rechtzeitig zu nehmen, da von demselben das Stattfinden der Operette abhängig gemacht wird. Es ist zu wünschen, daß das Schauspiel den bei uns bestbekanntesten Wittenbergern ein volles Haus bringen möge.

* Sport. Beim Mitteldeutschen Landesturnfest in Halberstadt errang im Kampf der Turnerinnen (Mittelstufe) vom hierigen M.-T.-V. die Turnerin Frieda Heßler mit 92 Punkten den 2. Sieg.

* Rotta. (Pfarrerentführung.) Am 3. Sonntag nach Trinitatis, dem 6. Juli, fand die Einführung des neuen, schon seit Monaten in Rotta tätigen Pfarrers Laffon statt im Beisein von Kirchenältesten, von Pfarrverordneten und von Lehrern der zugehörigen Schulen. In seiner Einführungrede ermahnte der Superintendent Broph Bettram den jungen Geistlichen, seiner Pfarrgemeinde und ihren ortsangehörigen Einrichtungen Ehrfurcht und Verbindlichkeit entgegenzubringen und in gleicherweise die Gemeindevorstände zu dem neuen Pfarrer zu haben. Vor ihm fand eine segensbringende Gesangsarbeit in der Kirche statt. Ein dreißigminütiger Kinderchor begrüßte den neuen Pfarrer, und nach dem Segen sangen junge Mädchen und Frauen das vom Kantor und Hauptlehrer Herrig eingeleitete Geleitlied: „Einen guten Wandersack ist in meinen Händen hab.“ Nach erfolgter Einführung wurde dem neuen Pfarrer in anschließender Sitzung des Gemeindevorstandes das Inventar der Kirche übergeben. Möge der neue Pfarrer in seiner Pfarodie bald heimisch und vertraut werden, damit er, bereinigt vor Gottes Richterstuhl, in gutem Bewußtsein sagen kann: „Ich habe einen guten Kampf gekämpft.“

* Rotta. (Kinderfest.) Am 6. Juli veranstaltete die Schule zu Rotta in Gemeinschaft und unter tätiger Mithilfe des Elternbeirats ein wohlgeplantes Kinderfest. Dem feierlichen Umzug folgte eine kurze Ansprache des Schulleiters, Hauptlehrer Herrig, aus welcher kurz hervorgehoben sei: Das Göttermal „Saurer Boden, frohe Feste“ soll im Jahre einmal ganz besonders auch der Schule gelten. Wenn Lehrer und Elternschaft ihren Kindern Wohlwollen und Freude durch dieses Fest schaffen, dann wird es seinen Zweck voll und ganz erfüllen. Ohne aufwendige Vorbereitung und hingebende Liebe seien diese Bedingungen aber nicht zu erfüllen. Darum heißen Dank an den fleißigen Helfer und Gebern. Besonderen Dank auch den Remberger Geschäftslenten, die sich durch namhafte Beiträge an der Beschaffung von Geschenken beteiligt haben. Den Spielen und Spielen voraus gingen die Reichsjugendwettkämpfe, aus denen folgende Schülerinnen und Schüler als Sieger hervorgingen:

Knaben über 12 Jahre 1. Bernhard Reubelung 45 Punkte
2. Herbert Amse 42 Punkte

Mädchen über 12 Jahre 1. Elli Höfe 39 Punkte
2. Erna Höfe und
3. Elisabeth Weibmange 36 Pkt.

Knaben unter 12 Jahren 1. Richard Heichert 57 Punkte
2. Walter Erichson 51 Punkte

Mädchen unter 12 Jahren 1. Erna Bondif 44 Punkte
2. Elise Käp 39 Punkte.

Unter den von Schülerinnen der 1. u. 2. Klasse dargestellten Reigen gefiel der von Frau Kantor Herrig eingeleitete Schäfertanz so gut, daß er auf Wunsch wiederholt werden mußte. Mit der ausgesprochenen Hoffnung, daß von der durch das Kinderfest eingelegenen Freude auf ein gut Teil mit in die Schulstunden hineinströmen möchte, schloß das im ganzen wohlgeplante Fest gegen 8 Uhr abends.

* Schöna. 6. Juli. Anstelle des am 1. Juli in den Ruhestand getretenen Pfarrers Hausmann ist der bisherige Sekretär bei der Oberförsterei Rosenfeld bei Zargau, A. Horn, als Förster nach hier verlegt worden.

* Gräfenhainichen, 7. Juli. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Beschluß, den Erwerbslosen die Wohlfahrts- bezw. Sonderunterstützung so lange zu gewähren, als die Arbeitslosigkeit andauert, erneut genehmigt. Um nun Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen, sollen Straßenausbau und andere kleine Beschäftigungen unternommen werden. In einer Besprechung zwischen dem Bürgermeister und dem Erwerbslosenrat wurde eine Einigung herbeigeführt, daß von Woche zu Woche eine kleinere Zahl Arbeitsloser gegen vollen Lohn an die Werke kommen soll. Dieser Plan wurde in einer Erwerbslosenversammlung, vorgetragen, fand aber nicht die ungeteilte Annahme der Erwerbslosen. Vielmehr setzte sich die Ansicht allgemein durch, daß die beschäftigten Arbeiter von einer bestimmten Erwerbslosenzahl in einem früheren Zeitraume (1 bis 2 Tage) ausgeführt werden sollen. Dabei empfangt die Stadt für die Unterstützungen gewisse Leistungen und die Arbeitslosen setzen ihre Kraft in den Dienst der Allgemeinheit. Um zu zeigen, daß nur der reine Arbeitswille in Betracht komme, entschlossen sich die Erwerbslosen, die Beschäftigung freiwillig und ohne Entgelt durchzuführen. In diesem Sinne sollen Baubedienung und Erwerbslosenrat weitere Maßnahmen beschließen in die Wege leiten.

* Pfribschütz, 7. Juli. (Brandstiftung bei der Auktion.) Einen aufregenden Zwischenfall gab es bei der Inventar-Versteigerung des Gutsbesizers Karl Zedler. Als die Auktion in der Mittagsstunde in vollem Gange war, erschall plötzlich der Ruf „Feuer“, und kurz danach sah man

auch die Flammen aus dem Dachstuhl des Feilerischen Wohnhauses schlagen. Es war ein Glück, daß das Feuer erst im Anfangsstadium war, und so konnte man den Brand bald erlösen. Als die Feuerwehre erlösen, war das Feuer bereits beendet. Das Feuer ist in der Wächstammer auf dem Hausboden entstanden und zwar wurde als Brandherd das Bett festgestellt. Das Bett und eine Kommode verbrannten. Die Ursache des Feuers ist noch nicht aufgeklärt. Die Umstände lassen Brandstiftung vermuten.

Defau. Ein sehr unangenehmes Abenteuer erlebte der Kraftwagenführer eines Wittenberger Arztes. Er unternahm mit dem Wagen seines Arbeitgebers am Sonnabend eine Schwarzfahrt, zu der er mehrere Freunde einlud. Nachdem das Kollegium unterwegs die verschiedenen Alkoholgassen genossen hatte, überließ der Gastgeber bei der Fahrt durch die Dessauer Albrechtsstraße die Führung des Wagens einem seiner Freunde. Die Folge war, daß der Wagen zweimal hintereinander gegen Bäume raste. Der berufsmäßige Chauffeur erlitt einen schweren Schädelbruch. Von den übrigen Insassen des Wagens wurde nur einer leichter verletzt. Chauffeur beschuldigt ihren Mann

Magdeburg. Der am 19. Februar an dem Bergwerksdirektor Kramer ein Nachforschungsverbot Mord schein vor der Aufführung zu stehen. Direktor Kramer wurde, wie erinnerlich, nachts vor seinem Haus durch einen Schuß aus der Dunkelheit getötet. Es gelang nicht, den Täter zu ermitteln. Jetzt meldete sich die Frau des Heliogastischen Koch aus Hamm bei der Grubenleitung in Nachforschungsamt und gab an, daß ihr Ehemann den Mord in Direktor Kramer begangen habe. Koch war bis zum Jahre 1929 als Geheime und Bademeister auf der Zeche beschäftigt gewesen und wegen Unregelmäßigkeiten von Kramer entlassen worden. Die Frau, die wohl ein unruhiges Gewissen und Familienfeindschaften zu ihrem Schicksal veranlaßt haben, hat ihre Angaben vor dem Richter wiederholt. Die Frau wurde festgenommen und dem Gefängnis in Halberstadt zugeführt. Bisher bestreitet er die Tat.

Selbstmord eines Großindustriellen
Erhielt in einem Zustand schwerer nervöser Depression hat der Fabrikdirektor und Stahlwerksdirektor Franz Herzmann an von der Lederfabrik A.-G. Franz Herzmann seinen Leben ein Ende gemacht. Der Bestand der Fabrik soll in seiner Weise gefährdet sein. Der Status sei mit nahezu einer Million RM aktiv. Der Grund zu der Tat soll allgemeine Entmutigung über die Ertragslosigkeit der Lederwirtschaft sein.

Eine Gemeinde um 300 000 RM geschädigt
Hölzer (Rr. Neubaldensleben). Durch mangelhafte Amtsführung um 300 000 RM geschädigt worden ist die Gemeinde Bötze. Die Schuldigen Beamten, Gemeindevor-

steher Schäfer undendant Lange, sind ihrer Ämter entsetzt worden. Die Summe der von ihnen ausgeführten Unterhaltungen beläuft sich auf 43 200 RM. Gegen sie ist Anzeige wegen Urkundenfälschung und Betrug erlassen und gegen Schäfer ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Magdeburg. Die Scharlach- und Diphtherie-epidemie ist noch immer nicht im Abflauen begriffen. Im Mai und Juni erkrankten 153 Kinder und 26 Erwachsene an Diphtherie; gestorben sind 22 Kinder. An Scharlach erkrankten 59 Kinder und 16 Erwachsene.

Magdeburg. Gefährliche Räuberbande. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die an dem Kraußbüchel auf den Schiffingenieur Solloch Raubzügen festzunehmen. Es handelt sich um vier Artverstoß, die den Raubfall seit längerer Zeit vorbereitet hatten. Die Täter sind durchweg schwer verurteilt.

Merseburg. Gemeindevahlen in der Einheitsgemeinde. Der Landrat des Kreises Merseburg hat den Termin der Neuwahlen für die neugegründeten Einheitsgemeinden Lützen und Bad Dürrenberg auf den 10. August festgesetzt.

Niegeritz (Elbe). 33 Schafe vom Bliz getötet. Während eines heftigen Gewitters über einem Ort fuhr ein Bliz in eine weibliche Schafherde und tötete 33 Tiere. Der Blizschlag beim Bürgermeister. Der Wohnung des hiesigen Zweiten Bürgermeisters stürzten in der Nacht Diebe einen Beluch ab und schleppten aus dem Schlafzimmer, in dem das Bürgermeisterpaar schlief, einen Nachtschrank in das Nebenzimmer, wo sie ihn der darin befindlichen Wertgegenstände, die auf etwa 600 RM geschätzt werden, beraubten. Die Spießbuben entkamen unerkannt.

Wieder ein Bürgermeister amtsentföhren
Neuhaus B. Sommerberg. Bürgermeister Möring, der der SPD angehört, ist seines Amtes entsetzt worden. Seit langer Zeit schwebt gegen ihn ein Disziplinar- und Strafverfahren.

Großmutter und Enkelkind ertrunken
Neudorf. In einem kleinen nahegelegenen Flußstück fand man die 80jährige Frau Nestor mit ihrem 10jährigen Enkelkind als Leichen. Es wird angenommen, daß die alte Frau ihrem Enkelkind, das epileptisch erkrankt war, zu Hilfe kommen wollte und dabei selbst den Tod fand.

Ganz leise trägt der Hahn
In einer Dresdner Blatt wird folgende nette Geschichte von der Findigkeit der Post erzählt: In einem kleinen Städtchen Sachsens kam ein Brief an, der folgende seltsame Aufschrift hatte: „Ganz leise trägt der Hahn in ...“ Bei der Post war zuerst großes Rätselraten, was diese geheimnisvolle Aufschrift bedeuten sollte, und anfangs glaubte man, daß es sich um irgendeinen Scherz handle, der mit der Post getrieben werden sollte, bis der fähige Briefträger seine Meinung dahin ausdrückte, daß es sich doch um eine Adresse

handle. Er war überzeugt, daß der Mann, der diesen Briefumschlag geschrieben hatte, nur nicht in der Beschreibung so genau beachtet wußte, und er fragte darum bei dem Kantleierteiler Hahn an, ob der Brief für ihn lie. Tatsächlich hatte der Postbeamte das Richtige getroffen. Infrakt „Ganz leise trägt der Hahn“ hätte auf dem Briefumschlag stehen müssen: „Kantleierteiler Hahn“.

Dresden. Ermittlung im Dresdener Stadtparlament. In der Stadtparlamentenitzung kam es zu erregten Tumulten. Da ein Kommunist nach dem anderen für die Tribüne berechnete Reden hielt, wurde ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 15 Minuten angenommen. Die Kommunisten hielten aber nicht daran, und die Tribünenbesucher gaben durch aufsteigende Zurufe ihrer Beschränkung über das Verhalten ihrer Genossen im Saal lebhaften Ausdruck. Ein Tribünenbesucher schrie: „Und da lacht ein freches Schwein da unten!“ Die Ermahnungen des Vorstehers zur Ruhe wurden nicht beachtet, so daß er die Tribüne räumen lassen mußte. Dabei kam es zu wilden Ausbrüchen. Unter Schreien und Toben und Rotfront-Rufen wurden die Demonstranten schließlich aus dem Saal gedrängt.

Berlin. Der Schlafwagen des D-3 Juges München-Berlin entgleist. Beim Einfahren in die Station Berlin-Görlitz entgleiste der zweiteilige Wagen, ein Schlafwagen, des D-3 Juges 71, der von München kam. Verletzt wurde niemand. Die Reisenden stiegen in einen anderen Wagen um. Der Zug kam mit geringer Verspätung in Berlin an.

Flugbootunglück bei Bornholm.
Drei Insassen wahrscheinlich ertrunken.

Berlin, 8. Juli.
Das Wasserflugzeug D 864 mußte an der Südküste von Bornholm wegen Motorfehlers auf See niedergehen. Die Besatzung bestand aus Flugkapitän Kuring, Flugmaschinist Friedrich und dem Funker Lippmann. Außerdem waren vier Passagiere an Bord. Der Führer nahm Verbindung mit dem Motorflieger „Maia“ auf und schloß einen Vertrag mit ihm, das Flugboot in den nächsten Bornholmer Hafen zu schleppen.

Nach 2½stündiger Schleppfahrt trat die Katastrophe ein, das Flugboot kenterte und alle Insassen sprangen ins Wasser und kammerten sich an den Rumpf an. Es gelang der „Maia“, drei Personen zu retten. Während des hohen Seegangs war es aber unmöglich, wieder an das Boot heranzukommen. Dagegen wurde die in der Nähe liegende holländische Yacht „Spil“ beordert, an das havarierte Flugboot heranzugehen, und man konnte von der Maia aus beobachten, daß dieses Fahrzeug weitere Insassen des Flugzeuges an Bord nahm. Man muß jedoch bekräftigen, daß die übrigen drei Insassen ertrunken sind. Ein deutsches Torpedoboot, mehrere deutsche Flugzeuge und eine Anzahl Bornholmer Fährfahrzeuge suchten weiterhin die Unglücksstelle ab.

Einmachzeit Hausweibereitng

- empfehle gut und preiswert:
- Kristallzucker
 - Korbflaschen
 - Mulzucker
 - Weineilig
 - Essigsprit
 - Salicyl
 - Rum
 - Weinsteinsäure
 - Citronensäure
 - Gelatine, weiß u. rot
 - Schwefelfaden
 - Pergamentpapier
 - Bindfaden
 - sämtliche Gewürze
 - Korkflaschen
 - billig in allen Größen
 - Korke, Spunde
 - Gärröhren
 - Gummischlauch
 - Weinheber
 - Korkmaldhinen
 - Glastrichter
 - Colophonium
 - Flaschenlack
 - Weinhefe
 - in besser Qualität und
 - verschied. Geschmacks

Fruchtpressen — Einkochapparate
Einkochgläser besonders billig

J. G. Glaubig.

Einmache- u. Kuchen-Sauerkirschen
(Gartenkirschen) hat abzugeben
Schreiber, Dübener Straße 20

Johannisbeeren Sauerkirschen
kauft
S. Schulz, Schmiedbergerstraße
Obstplantage

Johannis-Beeren
gibt ab
Sack, Weinbergstraße

Sauerkirschen
hat abzugeben
Franz Böser, Leipzigstraße 3
Jeden Kisten Getreide zum
Maschinen und
Reinigen
nimmt an
Rich. Ballmann, Weinbergstr.

Frisches, fettes Rindfleisch frische Flecke
empfiehlt **Willi Näß**

Morgen Donnerstag
empfehle von 2 Uhr ab
in feinsten Qualität:
Windbeutel u. Schillerlocken
mit Schlagsahne
Creemessnichte
Mohrenköpfe
Plunderbüchchen
Kirsch- u. Heidelbeerkuchen
Ernst Wend
Bäckerei - Conditorei
Telefon 338

Alle Artikel zur Weinbereitung
empfiehlt **Rudolf Huhn**

Rüststofferei Handweberei
von **Bruno Gärtner-Mehnert**
Düben (Mulde), Gartenstraße 41
Sämtliche Kleidungsstücke, Gardinen, Teppiche usw. welche durch Wotten, Riß oder Brand beschädigt sind, werden kunstgerecht eingewebt. Die eingewebten Stellen sind kaum aufzufinden. Postkarte genügt. Die Sachen werden abgeholt und wieder zurückgebracht ohne Vorkaution. NB. Fertige und **Wohngänge** an bei billiger Preisberechnung.
Prima Referenzen.
Damen-Kostüme, Kleider, Mäntel
Stadtkoffer
empfiehlt **Richard Arnold.**

Hotel „Blauer Hecht“
Am Sonntag, den 13. Juli, abends halb 9 Uhr
Gastspiel der Sommer-Operette Wittenberg
Die erfolgreiche Operette

Bachstelzchen
Operette in 4 Akten von Eduard von der Bede
Musik von Max Vertuch
Regie: Oberspielleiter Curt Breßl, Leitung: Ricardo Florzdorff
In den Hauptrollen:
Lidli Perlinsti, Mizi Durst, Ida Hild, Gela Kraus, Elsa Knappe, Curt Breßl, Otto Knappe, Ernst Fischer
Es wird ausdrücklich gebeten, den Vorverkauf recht regen in Anspruch nehmen zu wollen, da von demselben das Stattfinden der Vorstellung abhängt
Preise der Plätze: 1,50 M., 1.— M., 80 Pf.
Vorverkauf Buchdruckerei Arnold

Schießpreise empfiehlt in reicher Auswahl **Richard Arnold**

Rnieling
und **Weißerüben - Samen**
empfiehlt **Rudolf Huhn**

Führer durch die Dübener Heide
B-Z Aufokarten
zu haben bei **Richard Arnold**
Buch- und Papierhandlung

Gewerbe-Verein
Heute **Mittwoch**, abends 7/9 Uhr
in der Bahnhofs-Wirtschaft
Versammlung
Um zahlreiches Erscheinen bittet
der Vorstand.

Der Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten
Freitag, den 11. Juli, abends 7/9 Uhr
im Palmbaum
Versammlung
Der Ortsgruppenführer

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund
„Solidarität“
Ortsgruppe Kemberg
veranstaltet am **Sonntag, den 13. Juli** im Schützenhaus fest diesjähriges
Sommer-Fest
verbunden mit **Schießen und Würfeln**, Anfang 2 Uhr, von 3 Uhr an **Tanz**
wozu Freunde und Gönner des Vereins herzlichst eingeladen werden
Der Vorstand



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. verliert jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Sechspaltige Petitseite oder deren Raum 15 Pfa., die Sechspaltige Kleinzeile 40 Pfa., Anzeigengebühr 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingtes geschriebener oder durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mtl. das Laufen, zuzüglich Postgebühr! / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 79

Donnerstag, den 10. Juli 1930

32. Jahrg.

Steuern.

Die für den Monat Juli fälligen **Grundvermögens-** (Grund- und Gebäudesteuern), **Sauzins-** und **Stadtvormögenssteuer** sowie der **staatliche Zuschlag zur Grundvermögenssteuer** sind bis **Dienstag, den 16. Juli** bei unserer Kasse einzuzahlen.

Für alle nach dem **16. Juli** eingehenden Beträge müssen **10 vom Hundert Verzugszinsen** erhoben werden.

Kemberg, den 5. Juli 1930.

Der Magistrat.

Neues in Kürze.

Der Führer der aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei abgeplatteten Bewegung, Otto Strasser, veröffentlicht „14 Thesen der Deutschen Revolution“, in denen er das Programm der neuen Splitterpartei zusammenfaßt.

Umf dem kommunistischen Parteitag in Moskau wurde auch der Tätigkeit der Komintern großes Lob gesendet und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß in der Vorbereitung zur Weltrevolution mit allen Mitteln fortgeschritten werden müsse.

„Mandate.“

Genf, Juli 1930.

Einige Wochen lang beschäftigte sich das politische Genf, Völkerbund und Arbeitskonferenz, gleichzeitig mit „kolonialen Themen“. Im Parlament Electoral debattierten man wochenlang über die Zwangsarbeit in den Kolonien und brachte schließlich ein Abkommen zustande, das zwar nicht ihre völlige Abschaffung bedeutet, auch nicht den ziemlich weitgehenden Forderungen der Arbeitnehmer entspricht, immerhin aber einen ersten Schritt zur Unterbindung dieser Kulturschande darstellt. In derselben Zeit tagte die Mandatskommission in doppelter Sitzung: in außerordentlicher, die sich mit der Palästinafrage beschäftigte, und in ordentlicher Sitzung, die, wie gewöhnlich, die Berichte mehrerer Mandatsmächte über die ihnen anvertrauten Gebiete zu prüfen hatte.

Die Informierung der Öffentlichkeit über die außerordentliche Tagung der Mandatskommission war mehr als mangelhaft. Man hat sich zwar inzwischen daran gewöhnt, daß alle Tagungen dieser Kommission geheim sind und hinter verschlossenen Türen stattfinden, wobei es merkwürdig berühren muß, daß die Sournaisten einige Monate nach jeder Tagung die wortgenauen Verhandlungsprotokolle, die dann gedruckt werden, ohne besondere Schwierigkeit auf Verlangen erhalten können. Immerhin erhält aber die Presse und damit die öffentliche Meinung im allgemeinen während der Tagungen der Mandatskommission regelmäßige Überflüsse, sogenannte Informationsnotizen, die wenigstens einen gewissen Einblick in das behandelte Material verschaffen. Während der außerordentlichen Tagung über das Palästina Mandat aber blieben diese Tagesberichte entweder überhaupt aus oder aber sie waren so farblos und allgemein, daß aus ihnen nichts zu entnehmen war. Mehr als einmal waren sie sogar direkte Fälschungen, weil sie jeweils nur den Standpunkt des englischen Regierungsobertrreters wiedergaben, ohne auch nur mit einem Wort die Stellungnahme der Mitglieder der Kommission selbst zu erwähnen.

Uebrigens hat die Informationsabteilung nicht nur im Fall Palästina falsche oder ungenügende Notizen herausgegeben, sondern auch während der ordentlichen Tagung. Als nämlich die Verwaltung der ehemals deutschen Kolonie Neu-Guinea, die der Dominionregierung Australiens untersteht, behandelt wurde, brachte das deutsche Mitglied der Kommission, Geheimrat Kuppel, die Sprache darauf, daß in der letzten Zeit deutschen Staatsangehörigen in Neu-Guinea von der Mandatsverwaltung erhebliche Schwierigkeiten gemacht wurden. Der Vertreter der australischen Regierung sagte daraufhin die Bestellung dieser Mißstände zu, die im Widerspruch zu den ausdrücklichen Bestimmungen der Mandatsverträge, welche allen Angehörigen von Völkerbundmitgliedern wirtschaftliche Gleichberechtigung zu sichern, stehen; die amtliche Mitteilung des Völkerbundsekretariats berichtet über diesen Vorfall dagegen, daß der australische Regierungsobertrretter erklärt habe, derartige Mißstände gäbe es in Neu-Guinea nicht, und die Deutschen genössen dort die gleichen Rechte wie die Angehörigen anderer Nationen.

Interessant war auch die Debatte über Tanganja, das ehemalige Deutschostafrika. Während nämlich der Mandatsvertrag vorsieht, daß in den Mandatsgebieten keinerlei Awanarbeit betreiben dürfe, müßte der eng-

lische Regierungsbeamte zugeben, daß in den beiden letzten Jahren in Ostafrika noch Fälle von Zwangsarbeit und zwangsweiser Rekrutierung vorgekommen seien, „wenn sie auch immer weniger zahlreich würden“. Dabei ist es bemerksenswert, daß die deutsche Verwaltung schon vor 25 Jahren in Ostafrika begonnen hat, die Zwangsarbeit abzuschaffen, und daß man 1919 dafür in Versailles den Deutschen beiseite, sie seien nicht würdig, Kolonien zu verwalten.

Während der Mandatsstagung kamen aus London die Meldungen über die Veröffentlichung der Regierungskritiklinien zum geplanten Zusammenschluß der Gebiete Tanganja und Kenja-Uganda. Daß sie so spät veröffentlicht wurden, dürfte keine Gründe haben — man will in London einer Entscheidung der Mandatskommission ausweichen, weil man genau weiß, daß die Vereinigung eines Mandatsgebietes mit anderen Kolonialgebieten den klaren Vorschriften der Mandatsverträge widerspricht. Vielleicht hat Herr Henderson auch vergessen, daß er seinerzeit im September am Reichstag in Genf erklärte, er werde die Angelegenheit, bevor die englische Regierung über den Hilton-Young-Bericht entscheide (was sie jetzt getan hat), von selbst dem Mandatsausfluß in Genf vorlegen. (Was nicht geschehen ist, wie man sehen hat...)



es der Regierung genügt, in den Verhandlungen, die sich in der Hauptphase hinter den Kulissen abspielen dürften, die Parteien zu einer anderen Stellungnahme gegenüber dem Reichsprogramm als bisher zu bewegen. Die Parteien scheinen nämlich, nachdem sie ihre ursprünglichen grundsätzlichen Bedenken zum Teil zurückgestellt haben, neuerdings den Verlust machen zu wollen, zahlreiche Einzeländerungen an den Steuergeetzen durchzuführen. Dies würde bedeuten, daß für die Regierung 14 Tage schwerer parlamentarischer Verhandlungen bevorstehen; jedoch wird die Regierung wohl nicht umhin können, sich auf derartige Verhandlungen einzulassen, da es zweifelhaft erscheint, ob die Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien ausreichen, um ihr eine Mehrtheit im Reichstage zu sichern.

Befanlich lehnen die Deutschnationalen das Deckungsprogramm der Regierung voll und ganz ab, während die Sozialdemokraten bisher noch nicht haben erkennen lassen, welche endgültige Stellung sie gegenüber den Deckungsvorlagen einnehmen werden.

Die wesentlichen Punkte der Deckungsvorlagen werden auch von den Sozialdemokraten bekräftigt. Wenn die Regierung sozialdemokratische Stimmen gewinnen will, wird sie somit ihr Programm in einigen Punkten ändern müssen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß die politischen Verhandlungen im Reichstage zu einer Einschwärzung des Kabinetts Brünning führen werden. Dies würde, wie man in ununterrichteten politischen Kreisen verifiziert, aber zweifellos auch bei einer Annahme des Deckungsprogrammes das Ende des Reichstages bedeuten, so daß dann wohl nur Reichswahlen für den Herbst (frühestens für den September) abgesehen werden müßte. Das Schicksal der Regierung Brünning steht also wieder einmal auf dem Spiel.

Dietrichs Etat.

Der Reichsfinanzminister über die Deckungsvorlage.

Berlin, 8. Juli.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des deutsch-rundfunkischen vorläufigen Sanftensabkommens, das in zweiter und dritter Beratung angenommen wurde.

Es folgt dann die Beratung des

Haushalts des Reichsfinanzministers und in Verbindung damit die erste Beratung der Deckungsvorlagen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

beginnt seine Ausführungen mit einem Dank an seinen Vorgänger Dr. Wolbenhauer, der sich durch sein mannhaftes Eintreten für einen unbedingt gebildeten Haushalt Verdienste erworben habe, die eine spätere Zeit ruhigerer Wirtschaft besser zu würdigen müssen werde. Nach einem kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der letzten Zeit weist er auf den unbedeutenden Fehlbetrag des Haushalts hin, der, wie der Minister bereits im Reichsrat im einzelnen dargelegt hat, 485 Millionen RM beträgt.

Die Ursachen dieses Fehlbetrages seien ausschließlich in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate zu suchen. Auf diese seien die Arbeitslosigkeit und die enormen Kosten, die dem Reich daraus entfielen, zuzuführen, und aus beiden, wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitslosigkeit, ergebe sich der Steueranfall.

Wenn die Arbeitslosenversicherung wirklich ihre Aufgabe erfüllen und demgemäß dem Arbeitslosen die ihm zustehenden Ansprüche befriedigen würde, dann wäre das größte Unbehagensmoment auf der Ausgabeite des Reiches geschwunden. Der Minister geht dann des näheren auf die Deckungsvorlage ein.

Was die von der Regierung beabsichtigte Einsparung von 100 Millionen an den Haushaltsausgaben angehe, so werde es unter den Reichsrats noch einen harten Kampf geben. Er habe aber die tatsächliche Einsparung dieser 100 Millionen zur Voraussetzung seines Verschließens im Amte gemacht. Die vom Hanja-Bund geforderte Erhöhung des Reichsbudgets an die Anwaltschaft und der Ueberweisungen aus der sogenannten 100 Brünning seien nicht zu verantworten. Alles in allem könne man sagen, daß von den Vorschlägen des Hanja-Bundes schließlich noch 100 Millionen wirkliche Ersparnisse übrig blieben, die ja auch die Reichsregierung zu machen entschlossen sei.

Die Hauptlast der finanziellen Notlage der Gemeinden, die Arbeitslosigkeit, bilde auch eine feste Gefahr für die Finanzen des Reiches. Die Reichsregierung lege diese Gefahr in aller Schärfe.

Mit den vorgelegenen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung werde man nur auskommen, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt werde. Im Vordergrund zur Regelung der Gemeindefinanzen ständen der Verwaltungsstellenbeitrag oder Bürgersteuer, die Gemeindegrenztsteuer und die Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Der Minister befaßt sich dann mit dem Ueberbau des Steuerwesens des Reiches und erklärt, daß hier die Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer das erste Ziel sein müsse, wobei er wiederum die Realsteuerfrage für die vorbringliche halte. In dem Augenblick, in dem wir die Hauszinssteuer ganz oder teilweise nicht mehr für den Wohnungsbau brauchen, werde die Auseinanderlegung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ungeheuer erleichtert, weil in diesem Augenblick eine Entloftung der Realsteuern im ganzen oder eine Umgestaltung möglich sein werde. Der Minister wendet sich dann dem Haushalt für 1931 zu, dessen Vorarbeiten in wenigen Wochen begonnen würden. Zum Schluß weist der Minister auf die Bedeutung der Verabschiedung der vorliegenden Gesetzentwürfe hin.

Mit diesen Vorlagen stehe und falle nicht nur die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern auch die Beitragserhöhung. Wenn diese beiden Dinge nicht erledigt würden, so lege er keinen Wert, die hierzu zu erwartenden Mittel in Höhe von rund 300 Millionen aufzubringen, die die Arbeitslosenversicherung erfordere.

Aber auch die ebenfalls bedeutsame Reform der Krankenversicherung und des Gesetz, welches die Beteiligung weiterer Kreislaufrenten im wesentlichen aufheben soll, können dann schwerlich eine parlamentarische Erzielung finden.

Es würden nicht nur die sozialen Reformen, sondern auch die Grundlagen für das Ofiprogramm entfallen.

Mit steigenden Sorgen sei noch zu rechnen, der Reichstag werde aber, solange der Minister im Amte sei, jeweils rechtzeitig vor die Entscheidung gestellt werden, die die Voraussetzung einer geordneten Haushaltswirtschaft sei.

Abgeordneter Dr. Herz (Soz.) weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie für die Sanierung der Reichsfinanzen in der Arbeitslosenversicherung zur Uebernahme großer Opfer bereit gewesen sei. Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen werde nach Auffassung der Sozialdemokratie das Ziel der Befriedung der Finanzen nicht erreicht. Die Finanzen seien nur zu sanieren, wenn die Steuern über das hinausgehende werden, was die Deckungsvorlage bringt. Gelpart werden kann vor allem beim Wehrpart. Gelpart wer-